

AUSGABE 4 | 2026

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

SCHWERPUNKT GESUNDHEIT

Kommunen als Ausfallbürgen
des Gesundheitssystems?

Wie Kürzungen bei Krankenhäusern
den Schulbus verteuern

Nachahmenswert: Die Gesundheits-
versorgung im Essener Norden

Düsseldorf für neue Wege in der
Drogenhilfe

Stuttgart: Prävention und
Gesundheitsförderung für Kinder
und Jugendliche

Städtisches Klinikum Karlsruhe –
Hitzeschutz für Patienten und
Personal

Öffentliche Gesundheit gemeinsam
stärken: Die Bedeutung des
Öffentlichen Gesundheitsdienstes

AUS DEM STÄDTETAG

AUS DEN STÄDTEN

FACHINFORMATIONEN



Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

aktuell wird im politischen Berlin viel über Pflege- und Gesundheitspolitik diskutiert. Mehrere Reformen der Bundesregierung stehen in den Startlöchern – und auf mehrere blicken die Städte mit Skepsis. Beispiel Pflegereform: Sie wird für zusätzliche Belastungen für die kommunalen Haushalte sorgen. Weiteres Beispiel: Die Reform zur Stabilisierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Diese Reform würde dem Krankenhaussystem zusätzliches Geld entziehen. Für alle Städte mit kommunalen Kliniken bedeutet auch das zusätzliche Belastungen statt Entlastungen.

Aber weiten wir den Fokus. Gesundheitspolitik beginnt nicht erst auf Bundesebene – sondern viel näher an unserem Alltag. Sie entscheidet sich auch in der Kita oder in der Schule, auf dem Spielplatz oder im Sportverein, im Wohnquartier oder am Arbeitsplatz. Sie hängt davon ab, ob Menschen Beratung

und Unterstützung finden, ob sie gut durch eine Hitzewelle kommen und ob medizinische Versorgung erreichbar ist.

Kurz gesagt: Gesundheit ist ein kommunales Thema und die Städte spielen eine zentrale Rolle. Die kommunalen Gesundheitsämter schützen vor Infektionen, untersuchen Kinder vor der Einschulung, beraten und informieren. Städte engagieren sich für Prävention und für Suchtkranke, für Kinder- und Jugendgesundheit oder psychische Gesundheit. Viele betreiben eigene Krankenhäuser. Und mit Stadtplanung, Grünflächen, Verkehrsangeboten oder Klimaanpassung beeinflussen sie Lebensbedingungen, die für die Gesundheit der Menschen entscheidend sind.

Wie vielfältig kommunale Gesundheitspolitik inzwischen ist, zeigen die Beispiele in dieser Ausgabe von „Städtetag aktuell“: Stuttgart hat Ziele für ein gesundes Aufwachsen entwickelt. Sie geben Kindern, Jugendlichen, Familien und Fachkräften Orientierung zu

mentaler Gesundheit, Bewegung, Ernährung und Vorsorge.

In Düsseldorf wiederum zeigt sich, dass Gesundheit, Soziales sowie Sicherheit und Ordnung nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Die Stadt reagiert auf die offene Drogenszene und den zunehmenden Crackkonsum rund um den Hauptbahnhof mit einem Ansatz, der aufsuchende Sozialarbeit, niedrigschwellige Hilfen und gesundheitliche Versorgung mit Präsenz und klaren Regeln im öffentlichen Raum verbindet.

Und Essen zeigt, was Städte leisten können, wenn klassische Versorgungsstrukturen wegbrechen. Nach der Schließung zweier Krankenhäuser im Essener Norden hat die Stadt ein neues Versorgungsnetz entwickelt – unter anderem mit Gesundheitskiosken, einem Gesundheitszentrum, Gesundheitslotsinnen und „Flying Nurses“.

All diese und weitere Beispiele in dieser Ausgabe zeigen aber auch ein grundsätzliches Problem: Die Städte übernehmen Verantwortung, weil die Menschen zu Recht erwarten, dass Gesundheitsversorgung vor Ort funktioniert. Zu häufig müssen Kommunen jedoch Lücken schließen, für die eigentlich andere zuständig sind. Sie gleichen Defizite des strukturell unterfinanzierten Kliniksystems aus, versuchen nicht selten mit Alternativangeboten einzuspringen, wenn in Quartieren Arztpraxen fehlen, und sollen gleichzeitig immer neue Aufgaben schultern. Dabei stehen ihre Haushalte längst unter enormem Druck.

Deshalb muss klar sein: Die Städte dürfen nicht zu den Ausfallbürgern eines unterfinanzierten Gesundheitssystems werden. Bund und Länder müssen die Strukturen dauerhaft verlässlich finanzieren und den Kommunen dort echte Mitsprache geben, wo Entscheidungen unmittelbar die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger betreffen.

Denn ein gutes Gesundheitssystem zeigt sich am Ende nicht nur in Gesetzen und Finanzierungsmodellen. Es zeigt sich vor allem daran, ob die Menschen vor Ort die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

© Thomas Berberich



Christian Schuchardt
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

➔ www.staedtetag.de/gesundheit

TITELFOTO

Platz der Kinderrechte in Stuttgart

Unterstützt von „Wuschel“ hat die Stadt Stuttgart zum Weltkindertag am 20. September den neu gestalteten „Platz der Kinderrechte“ am Kronprinzplatz eröffnet. Der innerstädtische Platz verbindet Informationen über Kinderrechte mit Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsangeboten. Kinder und Jugendliche waren an der Gestaltung beteiligt. Wimmelbild, Mitmachsäule, Skulpturen und Bodenmarkierungen machen Kinderrechte spielerisch erfahrbar. Oberbürgermeister Frank Nopper: „Kinderrechte gehören mitten ins Leben. Und deshalb gehören sie auch mitten in unsere Stadt.“ Bundesweit gibt es inzwischen 72 solcher Plätze.

(© Stadt Stuttgart, Ferdinando Iannone)

Kommunen als Ausfallbürgen des Gesundheitssystems?

Von Lutz Decker und Anja Patzki

Gesundheit wird dort geprägt, wo Menschen leben, arbeiten und ihren Alltag verbringen. Träger dieser Lebenswelten sind vor allem die Kommunen. Sie können eine zentrale Rolle dabei spielen, gute Voraussetzungen für ein gesundes Leben zu schaffen. Vor Ort hat die Ausgestaltung vieler fachlicher Strukturen Einfluss auf die Gesundheit. Dazu gehören beispielsweise der Bereich des Sozialen, Städtebau und Stadtentwicklung sowie der Klima- und Umweltbereich. Kommunales Engagement hat insbesondere für die Prävention von Krankheiten eine wichtige Wirkung.

Im formell begrenzten engeren Gesundheitsbereich tragen die Kommunen zudem zumeist direkte Verantwortung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, betreiben vielerorts kommunale Krankenhäuser, fördern Präventions- und Gesundheitsangebote und engagieren sich in Bereichen wie Suchtprävention und -hilfen, Kinder- und Jugendgesundheit, psychischer Gesundheit oder Pflege. Gleichzeitig koordinieren sie zahlreiche Akteure vor Ort und reagieren auf neue Herausforderungen: vom demografischen Wandel über Fachkräftemangel bis hin zu Pandemien und den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels. Kommunen übernehmen damit weit mehr als sektorenbegrenzte, organisatorische oder administrative Aufgaben. Sie gestalten die Gesundheitsversorgung vor Ort aktiv mit und tragen dazu bei, dass medizinische Versorgung, Prävention und soziale Unterstützung möglichst nah an den Menschen stattfinden.

Neben dieser anspruchsvollen kommunalen Rolle in der tagtäglichen Entwicklung der gesundheitlichen Situation ihrer Bürgerinnen und Bürger erwarten Öffentlichkeit, Bund und Länder besonders in Krisenlagen und Pandemien ein zusätzliches umfangreiches Leistungsspektrum. Das hat beispielsweise in der Corona-Pandemie durch ein immenses

örtliches Zusatzengagement gut funktioniert. Leider wird kommunales Engagement weiterhin zu wenig gegenfinanziert und zu viel Potenzial auf der kommunalen Ebene verschenkt.

In der ambulanten Gesundheitsversorgung steigt der Druck auf die Kommunen stetig, sich auch hier zu engagieren, obwohl die Kassenärztlichen Vereinigungen, wie die Kommunen auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, Adressaten des Sicherstellungsauftrags sind. Dennoch steht die Kommunalpolitik unter Druck, wenn sich Bürgerinnen und Bürger über erschwerte oder sogar fehlende Zugänge zu Arztpraxen beklagen. Nicht selten übernehmen Kommunen dann systemwidrig Kosten oder betreiben sogar selbst eine Praxis.

Kommunale Krankenhäuser

Kommunale Krankenhäuser sind ein wichtiger Bestandteil der stationären Gesundheitsversorgung. Sie befinden sich in der Trägerschaft von Städten, Gemeinden oder Landkreisen. Anders als bei der ambulanten sind Kommunen bei der stationären Versorgung Adressat des Sicherstellungsauftrags. Vor allem in der Grund- und Regelversorgung übernehmen kommunale Krankenhäuser eine wichtige Funktion. Im Mittelpunkt stehen dabei eine flächendeckende und bedarfsgerechte medizinische Versorgung und nicht die Gewinnerzielung.

Für die Kommunen bedeutet die Trägerschaft zugleich eine große Verantwortung. Sie investieren in ihre Kliniken und müssen systemwidrig entstehende Defizite häufig ausgleichen. Angesichts steigender Kosten und der Auswirkungen der Gesundheitsreformen geraten viele Städte dadurch zunehmend unter finanziellen Druck. Dabei liegt die Finanzierungsverantwortung für die Krankenhäuser beim Bund und bei den Ländern.



@ stock.adobe.com, EdNurg

Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)

Das Aufgabenspektrum der örtlichen Ebene des ÖGD wird durch Landesgesetze definiert und ist umfangreich. Charakteristisch ist in der derzeitigen Situation: Die bevölkerungsmedizinischen und besondere Aufgaben des ÖGD nehmen derzeit stark zu – und die Unterstützung durch Bund und Länder wird geringer. Das Ende des Pakts ÖGD zum Ende des Jahres 2026 ist dabei nur ein prominentes Beispiel für eine falsche Entwicklung.

Aktuelle Problemlagen und Notwendigkeiten

Wie so häufig wird bei Aufgaben, die sich bislang so nicht gestellt haben oder nach langer Zeit wieder stellen, wegen der kommunalen Allzuständigkeit zunächst auf die kommunale Ebene geschaut. Dies gilt für die Krisenprävention und das Krisenmanagement, für Hitzefolgen und neue Drogen wie etwa Crack. Auch sind die Kommunen immer häufiger Ausfallbürgen für Lücken in der Gesundheitsversorgung, weil Fachärzte vor Ort fehlen. Der Deutsche Städtetag hat sich in vielen Einzelfragen immer wieder öffentlich positioniert. Zuletzt etwa in einem eigenen Positionspapier zur Versorgung von Menschen ohne funktionierenden Krankenversicherungsschutz oder zu weiteren Einzelfragen der

Prävention, etwa dem Zuckerkonsum bei Kindern und Jugendlichen

Die Kommunen versuchen dort, wo dies möglich ist auch jenseits formeller Zuständigkeiten pragmatisch zu helfen. Es kann aber nicht sein, dass diese neuen Aufgaben von den Kommunen finanziert werden müssen. Angesichts der Unterfinanzierung im Kranken- und Pflegeversicherungsbereich besteht die Gefahr, dass dort vorgesehene Reformen zur Sicherung der Beitragsstabilität im Ergebnis auf kommunale Haushalte durchschlagen. Hier wird der Deutsche Städtetag die Entwicklung sehr genau beobachten und gegebenenfalls klar Position gegen solche Bestrebungen beziehen.

➔ www.staedtetag.de/26401



Lutz Decker
Referent für Gesundheit
Deutscher Städtetag



Anja Patzki
Referentin für Krankenhauswesen
Deutscher Städtetag

Wie Kürzungen bei Krankenhäusern den Schulbus verteuern

Von Dr. Gerald Gaß

Dass Krankenhausreform und GKV-Spargesetz nicht spurlos an den Kommunen vorbeigehen, zeigt ein Blick in die Insolvenzstatistik der deutschen Klinik-Landschaft: Seit 2022 wurden 85 Insolvenzverfahren eröffnet, die rund 100 Krankenhaus-Standorte betreffen. Nur etwa 10 Prozent dieser Standorte liegen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Überwiegend betroffen sind Krankenhäuser, die in der Fläche die Grundversorgung sichern. Die große Mehrheit der betroffenen Kliniken sind freigemeinnützige Häuser – also solche mit konfessionellen, wohlfahrtsverbandlichen oder ähnlichen Trägern. Nur ein kleiner Teil der insolventen Kliniken ist in öffentlicher Trägerschaft. Das bedeutet aber nicht, dass die kommunalen Kliniken besser dastehen. Sie trifft die Kürzungspolitik und die seit Jahrzehnten andauernde strukturelle Unterfinanzierung ebenfalls.

Allein das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz entzieht den Krankenhäusern schon im kommenden Jahr rund fünf Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt im System und muss eingespart werden. Die Kommunen stellt diese Kürzungspolitik des Bundes vor mehrere Herausforderungen, müssen sie doch die Gesundheitsversorgung als Teil der Daseinsvorsorge sicherstellen. Für immer mehr Kommunen bedeutet das, dass sie die Defizite ihrer Krankenhäuser aus eigenen Steuermitteln ausgleichen müssen. Die Landkreise geben mittlerweile etwa fünf Milliarden Euro für den Defizitausgleich ihrer Kliniken aus, und diese Summe wächst stetig. Pro kommunal getragenen Bett fließen inzwischen rund 20.000 Euro aus den kommunalen Kassen in die Krankenhäuser. Dass auf unserer Liste der Klinikinsolvenzen vergleichsweise wenig kommunal getragene Krankenhäuser auftauchen, liegt also keinesfalls daran, dass es diesen bessergehen würde, sondern dass die Kommunen immense Summen ausgeben, um sie am Netz zu halten und die Versorgung zu sichern.



© stock.adobe.com, upixa

„Das Gesundheitsspargesetz der Bundesregierung bedeutet nichts anderes, als dass die Ausgabenlast einfach nach unten zu den Kommunen weitergegeben wird.“

Dieses Geld fehlt dann an anderer Stelle. Wir hatten vor einiger Zeit Landrat Andreas Junt aus dem Kreis Freudenstadt im Schwarzwald zu Gast. Die Entwicklungsdynamik bei den Ausgleichszahlungen für sein kommunales Krankenhaus ist erschreckend: Allein von 2023 auf 2024 hat sich der Zuschuss trotz aller Konsolidierungsbemühungen von rund 7,8 auf 19,9 Millionen Euro mehr als verdoppelt, und diese Dynamik ist keineswegs gestoppt. „Eine weitere Erhöhung nimmt uns den Atem. Das Geld fehlt unter anderem für Schulen, Bildung, Infrastruktur und für Maßnahmen, die notwendig sind, um den Landkreis als Wohn- und Wirtschaftsstandort zukunftsfähig zu halten“, sagt der Landrat. Das Problem der hohen zusätzlichen Ausgaben: Zahlreiche notwendige Projekte würden es gar nicht erst in die Planung schaffen, weil die Finanzierung von vornherein fehle, so Junt. Das betrifft unter anderem Investitionen in Gebäude und Infrastruktur, die auf unbekannte Zeit verschoben werden müssen. Die kleinen Einsparmöglichkeiten, die der Landkreis ausnutzt, können die immensen Ausgabesteigerungen nicht mehr auffangen. Die Kürzungen im Gesundheitsbereich treffen die Menschen dann auch ganz konkret an ganz anderer Stelle: Der Landkreis musste u.a. die Zuschüsse für den Schülerverkehr reduzieren. 674.000 Euro müssen die Eltern jetzt zusätzlich bezahlen.

Krankenhäuser freigemeinnütziger Träger haben keine Kommunalkassen im Rücken. Wenn der Spagat zwischen Einnahmen und Ausgaben zu groß wird und die Banken keine Mittel mehr vergeben, bleibt nur der Weg in die Insolvenz. In einigen dieser Fälle hat schließlich die Kommune die Klinik übernommen. In immer mehr Regionen ist die Gesundheitsversorgung aber durch

Schließungen gefährdet. Gerade in dünner besiedelten und strukturschwachen ländlichen Regionen hat das Folgen weit über die Gesundheit der Menschen hinaus. Krankenhäuser sind vielfach der größte Arbeitgeber und manchmal der einzige, der gut bezahlte Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte bereithält. Schließt das Krankenhaus, verschwinden auch Beschäftigte, Steuerzahler, Eltern und ihre Kinder – also all jene, die gerade für unter demografischem Druck stehende kleine Städte von großer Bedeutung sind.

Das Gesundheitsspargesetz der Bundesregierung bedeutet nichts anderes, als dass die Ausgabenlast einfach nach unten zu den Kommunen weitergegeben wird. Es setzt den Verantwortlichen dort die Pistole auf die Brust: Entweder ihr gleicht die Lücken, die wir geschaffen haben, aus, oder eure Gesundheitsversorgung bricht zusammen. Die Städte, Gemeinden und Landkreise sollten sich mit dieser Logik nicht abfinden.



© DKG, Lopata

Dr. Gerald Gaß
Vorstandsvorsitzender
Deutsche Krankenhaus
Gesellschaft (DKG)

Nachahmenswert: Die Gesundheitsversorgung im Essener Norden

Von Peter Renzel

2020 traf es den Essener Norden mitten in der Corona-Pandemie hart. Die Contilia-Gruppe entschied zum Ende des Jahres, gleich zwei Krankenhäuser zu schließen, das Marienhospital Altenessen und St. Vincenz Stoppenberg. Für über 100.000 Menschen in einem ohnehin sozial belasteten Stadtgebiet brach damit ein Stück Versorgung weg. Familien, Senioren und chronisch Kranke fühlten sich besonders betroffen. Die Enttäuschung der Bürger war groß und der Protest, die Wut laut. Die Stadt Essen ist in dieser Situation nicht den Weg von Protestbriefen an Land und Bund gegangen, sondern hat Verantwortung übernommen. Die Stadtverwaltung Essen hat den Bürgerinnen und Bürgern, den bezirks- und kommunalpolitischen Akteuren an „Runden Tischen“ auf Einladung des Oberbürgermeisters deutlich gemacht, dass die Gesundheitsversorgung der Zukunft nicht in der Aufrechterhaltung kleiner stationärer Krankenhäuser liegt, sondern eine eher

sektorenübergreifende Entwicklung gebraucht wird. Deshalb hat die Stadt Essen entschieden, nicht auf andere Entscheidungen im Gesundheitssystem zu warten, sondern selbst Verantwortung zu übernehmen. Und das auch ungewöhnlich schnell.

Bereits im März 2021 hat der Stadtrat die Vorlage zur Neuauflistung der Gesundheitsversorgung im Essener Norden, mit mehreren konkreten Teilprojekten, von der Implementierung der Gesundheitskioske über die Entwicklung eines Kindergesundheitszentrums bis zur Etablierung eines sektorenübergreifendes integrierten Gesundheitszentrums beschlossen. Damit hatte die Stadt Essen nur rund drei Monate nach der Schließung der Krankenhäuser einen klaren durchgetakteten Umsetzungsplan.

Versorgungsnetz statt Ersatzkrankenhäuser

Statt auf klassische Klinikpolitik zu setzen, entwickelte die Stadt eine eigene, sektorenübergreifende „Gesundheitsregion Essener Norden“. Kein Ersatzkrankenhaus, sondern ein integriertes Netz aus wohnortnaher Prävention, sozialer Gesundheitsberatung und Versorgung. Die Gesundheitsregion bezieht final alle an der Versorgung Beteiligten ein – insbesondere Haus- und Fachärzte, stationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste sowie die Rettungsdienste. Herzstück ist das 2024 eröffnete Gesundheitszentrum St. Vincenz in Stoppenberg, für das die Stadt mit zwei Partnern die Gesundheitszentren Essen gGmbH gegründet hat. Kern der Innovation ist die Einbindung von Gesundheitslotsinnen und „Flying-Nurses“ mit einer kurzstationären allgemein-medizinischen Versorgung, um Notfalleinweisungen zu vermeiden. Für die Patienten bedeutet dies eine gezielt

„Kommunen dürfen nicht länger von den Kassen-ärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen und den Ländern von der Entwicklung der Gesundheitsversorgung in ihren Versorgungsgebieten ausgeschlossen werden.“

geplante kurzstationäre Behandlung sowie eine zügige Entlassung, um rasch wieder in das gewohnte Wohnumfeld zu kommen. Durch die kontinuierliche Kommunikation aller am Versorgungsprozess Beteiligten wird eine gezielte, individuelle und bedarfsgerechte Versorgungsplanung für die Zeit nach der Entlassung festgelegt. Bei den Patienten kann eine bis zu vierwöchige Nachbetreuung durch „Flying Nurses“ erfolgen, die auch eine Wiedereinweisung in eine Klinik verhindern soll. Der Erfolg dieser „Stadtteilklinik“ mit nur knapp 30 Betten überzeugt. Deshalb ist jetzt ein fast 70 Millionen Euro teurer Neubau des neuen „sektorenübergreifenden Gesundheitszentrums“ am gleichen Standort mit ambulanten Haus- und Facharztpraxen, der Stadtteilklinik mit 40 Betten und mit einem ambulanten OP-Zentrum bereits beschlossen.

Zudem bieten zwei Gesundheitskioske in Altenessen und Katernberg niedrigschwellige, mehrsprachige Beratung für Menschen, die im deutschen Gesundheitssystem sonst leicht verloren gehen, finanziert gemeinsam von der Stadt und der AOK Rheinland/Hamburg, getragen von einer

eigens gegründeten Gesellschaft etablierter Partner aus der Gesundheitsprävention und der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Etablierung eines „Kindergesundheitszentrums“ ist beschlossen und wird 2027 eröffnet. Damit entsteht eine zentrale sektorübergreifende Anlaufstelle für Eltern und Familien im Essener Norden. Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes wird institutionell mit der ASD des Jugendamtes, mit dem Jugendpsychologischen Institut vs. der Erziehungsberatung des Jugendamtes sowie einem neu entwickelten „Kompetenzzentrum für medizinischen Kinderschutz“ inklusiv einer interdisziplinären Kinderschutzambulanz verbunden.



oben: Gesundheitskiosk im Stadtteil Altenessen (© Stadt Essen)

links: Neubau des Gesundheitszentrums (© Visualisierung Stadt Essen)

Auf dem Gelände des ehemaligen Marienhospitals in Altenessen wächst mit dem „Gesundheitszentrum St. Marien“ ein weiteres neues sektorübergreifendes Gesundheitszentrum mit Allgemein- und Facharztpraxen, der Ergänzung des Kindergesundheitszentrums, einer zentralen Anlaufstelle für Gesundheitsprävention sowie ergänzenden Angeboten für Senioren.

Statt einzelner Insellösungen entwickelt die Stadt Essen ein zusammenhängendes Gesundheits- und Versorgungssystem im und für den Essener Norden, das medizinische und soziale Sektoren für eine integrierte Stadtentwicklung zusammenführt.

Vorreiter ohne Rückenwind

Die Stadt Essen ist mit ihren Partnern vorangegangen, während andere Ebenen in der Entwicklung neuer Angebots- und Versorgungsformen eher zurückhaltend agieren. 2022 kündigte der ehemalige Bundesgesundheitsminister an, deutschlandweit bis zu 1.000 Gesundheitskioske aufzubauen. Im parlamentarischen Verfahren jedoch schrumpfte der Plan dramatisch. Das im Februar 2025 verabschiedete Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz bringt zwar Verbesserungen für Hausarztpraxen, etwa eine entbudgetierte Vergütung und eine Versorgungspauschale für chronisch Kranke. Doch Gesundheitskioske, Gesundheitsregionen und Primärversorgungszentren fielen aus dem Gesetz. Übrig blieben bundesweit wenige Kioske. Essen zeigt mit seinen beiden Gesundheitskiosken bereits überdurchschnittliches Engagement, nur eben ohne den verlässlichen gesetzlichen und finanziellen Unterbau, den die Stadt und die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitskioske NRW auch weiterhin einfordern.

Die nächsten Ausbauschritte

Essens Weg ist noch lange nicht zu Ende, er kann vielleicht auch zur Blaupause für andere Städte werden. Natürlich sind die Kommunen bei Modellen und Projekten auch nach auf dem Auslaufen von Förderprogrammen darauf angewiesen, dass erfolgreich erprobte Ansätze in neue Regelstrukturen übergehen.

Wir Kommunen müssen aber letztlich auch eine klare Funktion und Rolle bei der Planung und Bedarfsdeckung der Gesundheitsversorgung bekommen. Der Gesetzgeber muss diese Lücke schließen. Kommunen dürfen nicht länger von den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenkassen und den Ländern von der Entwicklung der Gesundheitsversorgung in ihren Versorgungsgebieten ausgeschlossen werden. Anhörungsrechte und das Verfassen von Stellungnahmen für die Krankenhausplanung genügen nicht.

Essen zeigt, was möglich ist, wenn eine Stadt nicht abwartet, sondern Verantwortung übernimmt, selbst gestaltet und vorangeht, die sozialen und medizinischen Sektoren miteinander verzahnt und weiterentwickelt. Essen kann damit Vorbild für die Zukunft der Gesundheitsförderung und -versorgung in vielen Regionen in Deutschland sein.

Wir wollen, dass die Menschen in unseren Kommunen gesund aufwachsen, gesund leben und gesund alt werden!



Peter Renzel
Stadtdirektor u. Gesundheits-
dezernent
Stadt Essen



Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation – mit passgenauen Finanzierungen aus dem starken Verbund von Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing.

Weil's um mehr als Geld geht.



Düsseldorf für neue Wege in der Drogenhilfe

Von Miriam Koch und Christian Zaum

Die offene Drogenszene im Umfeld des Düsseldorfer Hauptbahnhofs hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verändert. Vor allem der stark gestiegene Crackkonsum stellt uns vor neue Herausforderungen. Die kurze Wirkung und der hohe Suchtdruck führen zu häufigem Konsum und prägen das Verhalten im öffentlichen Raum – oftmals zulasten der öffentlichen Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Für uns ist deshalb klar: Die Crackproblematik ist weder allein eine Frage der Gesundheit noch von Sicherheit und Ordnung. Sie verlangt eine gemeinsame Antwort.

Die Düsseldorfer Antwort darauf ist das Projekt „Sicherheit im Bahnhofsumfeld“, kurz SiBu. Hier arbeiten die Landeshauptstadt, Landes- und Bundespolizei eng zusammen. Weitere Akteure wie Deutsche Bahn, Rheinbahn und soziale Träger sind eingebunden. Im Mittelpunkt steht eine Herausforderung, die viele Großstädte kennen: Wir müssen Menschen in schwierigen Lebenslagen erreichen und ihnen passende Hilfen anbieten. Gleichzeitig müssen wir die Lebensqualität im Quartier erhalten und dafür sorgen, dass sich Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden: Verdrängung allein ist ebenso wenig die Lösung wie das Ausblenden der Auswirkungen auf das Bahnhofsviertel.

Ein Meilenstein sind die SiBu-Streifen: Landespolizei, Bundespolizei, Ordnungsamt und DB Sicherheit sind mehrmals wöchentlich gemeinsam im Bahnhofsumfeld unterwegs. Sie zeigen Präsenz, bringen ihre unterschiedlichen Zuständigkeiten abgestimmt ein und schaffen kurze Wege zwischen den Beteiligten.

Die Streifen sind Teil unseres umfassenden Konzeptes. Aufsuchende Sozialarbeit, niedrigschwellige Hilfen, moderne Stadtgestaltung, Reinigung, konsequente Präsenz und klare Regeln im öffentlichen Raum greifen ineinander. Gerade bei einer offenen Drogenszene, in der gesundheitliche, soziale und sicherheitsbezogene Fragen unmittelbar zusammenkommen, ist dieses Vorgehen unverzichtbar.

Bei der Weiterentwicklung unseres Ansatzes beziehen wir Erfahrungen aus Zürich ein. Es geht nicht um eine Übertragung des Zürcher Modells, sondern darum, Erkenntnisse auf ihre Übertragbarkeit auf Düsseldorf zu prüfen. Wichtig ist dabei, geschützte Räume für Abhängige zu schaffen und dadurch den öffentlichen Raum zu entlasten. Ein zentraler Baustein ist das geplante Suchthilfezentrum an der Eisenstraße nahe dem Hauptbahnhof. Dort wollen wir Aufenthalt, Beratung, gesundheitliche Versorgung, Konsum unter geschützten Bedingungen und den Weg in weiterführende Hilfen miteinander verbinden. So wollen wir Menschen erreichen, die von bestehenden Hilfesystemen häufig nicht mehr erreicht werden, und zugleich offenen Konsum und seine Begleiterscheinungen im Bahnhofsumfeld deutlich reduzieren.

Dabei zeigt sich eine Grenze, die eine Kommune nicht allein überwinden kann. Die Lebenswirklichkeit schwerstabhängiger Menschen passt nicht immer zum bestehenden rechtlichen Rahmen. Das gilt besonders für den sogenannten Mikrohandel – die Weitergabe oder den Verkauf kleinster Mengen unter Konsumierenden, um den eigenen Konsum zu finanzieren. Dieser findet heute überwiegend im öffentlichen Raum statt und ist eng mit der offenen Drogenszene verbunden. Der öffentliche Raum kann besser nachhaltig



entlastet werden, wenn auch dieser Mikrohandel von der Straße in den geschützten Raum einer Einrichtung verlagert wird.

Deshalb brauchen die Städte einen rechtlichen Rahmen, der neue Wege ermöglicht. Wir werben dafür, auf Bundesebene die Voraussetzungen zu schaffen, damit innerhalb klar abgegrenzter und fachlich betreuter Suchthilfeeinrichtungen ein anderer Umgang mit dem Mikrohandel möglich wird als im öffentlichen Raum. Denkbar wäre zunächst eine rechtssichere Erprobung im Rahmen einer Experimentierklausel. Ziel ist es, den suchtbedingten Mikrohandel zwischen schwerstabhängigen Menschen aus dem öffentlichen Raum herauszuholen und auf einen eng begrenzten, kontrollierten Rahmen zu beschränken. Der gewinnorientierte Drogenhandel ist davon ausdrücklich nicht erfasst. Außerhalb dieser Einrichtungen gelten weiterhin die bestehenden Regelungen, die konsequent durchgesetzt werden.

Gemeinsam mit der Stadt Köln haben wir uns deshalb an die zuständigen Landesministerien gewandt. Die bisherigen Rückmeldungen zeigen, dass eine tragfähige Lösung Änderungen auf Bundesebene erfordern wird. Düsseldorf und Köln können diesen Weg jedoch nicht allein gehen.

Kommunen mit vergleichbaren Herausforderungen sollten gemeinsam dafür eintreten, den erforderlichen rechtlichen Rahmen zu schaffen.

Düsseldorf ist bereit, neue Wege zu gehen und Verantwortung zu übernehmen. Wir werden Menschen mit einer schweren Suchterkrankung nicht aufgeben. Zugleich wollen wir, dass unser öffentlicher Raum für alle sicher und nutzbar bleibt. Darin liegt für uns ein moderner kommunaler Umgang mit offenen Drogenszenen: Gesundheit, Soziales sowie Sicherheit und Ordnung gemeinsam denken – und über Verwaltungs- und Zuständigkeitsgrenzen hinaus gemeinsam handeln.

© Landeshauptstadt Düsseldorf, Dominik Heidl



Miriam Koch
Beigeordnete für Kultur und
Integration
Landeshauptstadt Düsseldorf

© Landeshauptstadt Düsseldorf



Christian Zaum
Beigeordneter für Recht
und Ordnung
Landeshauptstadt Düsseldorf

Stuttgart: Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche

Von Dr. Alexandra Sußmann und Bettina Straub

Die große Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung für ein möglichst langes gesundes Leben ist im Allgemeinen bekannt, gleichzeitig fällt es im Alltag nicht immer leicht, verlässliche Empfehlungen von kurzlebigen Trends zu unterscheiden. Es kommt, wie bei so vielem, auch hier insbesondere auf den Anfang an: Kinder, Jugendliche und ihre Familien sollen die notwendige Unterstützung erhalten, um die Voraussetzungen für ein gesundes Aufwachsen zu schaffen.

Um in der Fülle der Empfehlungen klare und auf das Wesentliche konzentrierte Aussagen zu bekommen, hat das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart die „Stuttgarter Ziele für ein gesundes Aufwachsen“ entwickelt.

Übersicht und Orientierung im Alltag

Gesundheit ist komplex und wird von sehr vielen Dingen beeinflusst, gerade deshalb lohnt es sich, auf das große Ganze zu schauen. Hier setzen die Stuttgarter Ziele

an: Sie blicken ganzheitlich auf das Aufwachsen in Stuttgart – und zeigen, dass die dafür zentralen Themen zusammengehören und im Alltag gemeinsam gestärkt werden können. Sie schaffen eine gemeinsame, verständliche Orientierung, welche Faktoren für eine gesunde Entwicklung besonders wichtig sind – für Kinder, Jugendliche und alle, die junge Menschen begleiten.

Entstehung und Beteiligung

Die Stuttgarter Ziele sind aus echter Teamarbeit entstanden. Initiiert wurde das Projekt von der Stuttgarter Bürgermeisterin für Soziales, Gesundheit und Integration Dr. Alexandra Sußmann und dem Stuttgarter Gesundheitsamt, doch von Anfang an brachten sich viele verschiedene Gruppen ein: Ärztinnen und Ärzte, Fachkräfte aus Kitas, Schulen, Jugendhäusern, Verwaltung, Eltern, Vereine – und Kinder und Jugendliche selbst. So entstanden wissenschaftlich fundierte, positiv ausgerichtete Ziele, die relevant, praxistauglich und hilfreich sind. Die Umsetzung der Ziele soll immer wieder im



© stock.adobe.com, ns10108 (KI-generiert)

echten Leben getestet werden: im Jugendhaus, in der Schule oder in Workshops.

Was steckt drin?

Die Stuttgarter Ziele sind in vier Altersgruppen 0-12 Monate, 1-5 Jahre, 6-12 Jahre und 13-17 Jahre unterteilt und beziehen sich jeweils auf die vier Themenfelder mentale Gesundheit, Bewegung, Ernährung und Vorsorge bzw. medizinische Prävention. Für jede Kombination aus Altersgruppe und Themenfeld sind wenige, zentrale Ziele formuliert. Diese beschreiben den Kern gesundheitsförderlichen Handelns, sind positiv formuliert und verzichten bewusst auf Verbote und einen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Mentale Gesundheit – Was brauchen Kinder oder Jugendliche, um sich seelisch wohlfühlen und mental stark zu sein? Welche Rolle spielen verlässliche Bezugspersonen und was zeichnet diese aus? Was hilft ihnen, gut mit Herausforderungen und Stress umzugehen?

2. Bewegung – Wie viel und welche Bewegung ist in welchem Alter wichtig – und welche Empfehlungen gibt es zur Mediennutzung?

3. Ernährung – Auf was können wir achten, damit die Ernährung möglichst gesund und ausgewogen ist?

4. Prävention – Was können wir tun, um vor vermeidbaren Krankheiten zu bewahren?

Auf diese und viele weitere Fragen, die sich stellen, wenn es um das gesunde Aufwachsen geht, geben die Stuttgarter Ziele Antworten, angepasst an das jeweilige Alter.

Wie kommt die Theorie in die Praxis?

Mit den Zielen können Maßnahmen und Entscheidungen zur Gesundheitsförderung zielgerichteter geplant, umgesetzt und überprüft werden. Fachkräfte können sie als Grundlage für Präventionskonzepte, Elternarbeit, Projektentwicklung und Teamreflexion heranziehen – sie erhalten praktische Impulse für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien – nicht nur in Bezug auf ihr Verhalten, sondern insbesondere auch für eine gesundheitsförderliche Gestaltung ihrer Lebenswelten.

So können beispielsweise Spiel- und Bewegungsräume, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Freizeitangebote und Beratungsstrukturen so weiterentwickelt werden, dass sie die Stuttgarter Ziele im Alltag unterstützen und für alle Kinder und Jugendlichen erreichbar machen.

Familien finden alltagstaugliche Tipps für jede Entwicklungsphase, um gesundes Verhalten in den Alltag einzubauen. Es entsteht eine gemeinsame „Sprache“ für alle Beteiligten, die Missverständnisse reduziert und die Zusammenarbeit erleichtert.

Je nach Alter können Kinder und Jugendliche die Ziele auch selbst nutzen: In den Stuttgarter Zielen für ein gesundes Aufwachsen finden sie positive und konkrete Dinge, die ihnen dabei helfen, gesund zu leben. Es geht dabei nicht darum, perfekt zu sein, sondern um gute Entscheidungen für sich selbst, dabei zählen auch kleine Schritte und Erfolge.

Wo finden Sie die „Stuttgarter Ziele“?

Die Ziele für alle Altersgruppen können Sie auf der Website der Landeshauptstadt Stuttgart nachlesen. Die Ziele und die damit verknüpften Umsetzungsmöglichkeiten sind leicht verständlich und für alle zugänglich formuliert: für Fachkräfte, Eltern – aber auch für Kinder und Jugendliche selbst. Außer den Zielen sind dort Handlungsempfehlungen und anschauliche Praxisbeispiele für die Anwendung zu finden. Andere Kommunen könnten die Ziele als Rahmung übernehmen und lokal anpassen, sodass jeweils eigene, vor Ort legitimierte Ziele entstehen.

➔ www.stuttgart.de/gesund-aufwachsen-ziele



© Hagen Schmitt

Bürgermeisterin
Dr. Alexandra Sußmann
Leiterin des Referates
für Soziales, Gesundheit
und Integration
Landeshauptstadt Stuttgart



© LHS Stuttgart, Lechner

Bettina Straub
Gesundheitsförderung und
Gesundheitsplanung
Landeshauptstadt Stuttgart

Städtisches Klinikum Karlsruhe – Hitzeschutz für Patienten und Personal

Von Bengt Elling

**Karlsruhe ist durch die Lage am Oberrhein-
graben eine Großstadt mit hoher Wärme-
belastung. Die mit dem Klimawandel ein-
hergehende Zunahme von heißen Tagen,
Tropennächten und Hitzeperioden ist ein
Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung,
weshalb die Stadt Karlsruhe einen Hitze-
aktionsplan mit gut 60 Maßnahmen erstellt
hat. Diese schließen auch das Städtische
Klinikum Karlsruhe mit ein.**

Die Stadtverwaltung verfolgt bei der Modernisierung städtischer Gebäude einen ganzheitlichen Ansatz zur Verringerung der Hitzebelastung. Ziel ist ein Maßnahmenmix aus baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere eine maßvolle Verglasung der Fassaden, außenliegender und steuerbarer Sonnenschutz, eine gute Dämmung von Dächern, Fassaden und Fenstern, wirksame Lüftungsmöglichkeiten einschließlich der Nachtauskühlung sowie Dach- und Fassadenbegrünungen. Diese Maßnahmen

reduzieren den Kühlbedarf nachhaltig und verbessern den sommerlichen Wärmeschutz.

Gleichzeitig gibt es Gebäude, in denen passive Maßnahmen allein nicht ausreichen, um eine ausreichende thermische Behaglichkeit sicherzustellen. Insbesondere in Gebäuden mit besonders schutzbedürftigen Nutzergruppen können technische Kühllösungen – wie beispielsweise Betonkernaktivierung oder Heiz-Kühldecken – im Einzelfall erforderlich sein.

Die Stadt Karlsruhe sowie das Gesundheitsamt des Stadt- und Landkreises Karlsruhe unterstützen Pflege- und Krankeneinrichtungen durch Information und Beratung. Seit der Hitzewelle des Jahres 2003 stehen hitzebedingte Gesundheitsrisiken in Pflegeeinrichtungen besonders im Fokus des Gesundheitsamtes und der Heimaufsicht. Das Gesundheitsamt und die Heimaufsicht informieren die Einrichtungen regelmäßig über Hitzeschutzmaßnahmen. Darüber hinaus wird derzeit eine Abfrage bei den Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Erfasst werden unter anderem der Stand der Klimatisierung, bereits umgesetzte Hitzeschutzmaßnahmen sowie etwaige hitzebedingte gesundheitliche Notfälle.

Um sich auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten, erarbeitet das Städtische Klinikum Karlsruhe derzeit ein campusweites Klimaanpassungskonzept. Neben Themen wie dem Schutz vor Starkregenereignissen liegt der Schwerpunkt insbesondere im Bereich Hitzeschutz.

Bei aktuellen Neubauten und Sanierungen ergreift das Städtische Klinikum Karlsruhe bereits Maßnahmen zur Kühlung von Patientenzimmern, so kommt im 2021 eröffneten Betten- und Funktionshaus Haus M die sogenannte Betonkernaktivierung zum Einsatz: Über Schläuche in den Beton-



Das 2021 eröffnete Betten- und Funktionshaus Haus M.
(© Städtisches Klinikum Karlsruhe, Markus Kümmerle)



Die Kälteanlage versorgt u.a. die raumlufttechnischen Anlagen für den OP-Bereich, die Intensivstationen oder auch technische Bereiche. (© Städtisches Klinikum Karlsruhe, Markus Kümmerle)

decken, in denen 18 Grad kaltes Wasser fließt, werden die Patientenzimmer umweltfreundlich heruntergekühlt.

Das gekühlte Wasser ist ein Nebenprodukt der großen Kälteanlagen, die in Haus M beispielsweise die raumlufttechnischen Anlagen für den Operationsbereich, die Intensivstationen oder auch technische Bereiche versorgen. Auf diese Weise werden mit freien Kapazitäten der Kälteanlagen, die sonst ungenutzt bleiben würden, angenehme Temperaturen in den Patientenzimmern geschaffen. Die spürbare Absenkung der Raumtemperatur wird zusätzlich von einem Lüftungssystem getragen, aus dem ein leichter auf 21 Grad gekühlter Luftstrom zugeführt wird.

Im Rahmen der Generalsanierung eines Bestandsgebäudes, in das künftig die Hals-Nasen-Ohrenklinik ziehen wird, wurden als Pilotversuch gegenwärtig zum ersten Mal Heiz-Kühldecken in den Patientenzimmern installiert. Die Betriebsaufnahme des Gebäudes ist für den Herbst 2026 avisiert. Die Erkenntnisse aus dem Betrieb werden dann auch in künftigen Sanierungsplänen des Bestandes berücksichtigt.

Unter bestimmten Voraussetzungen, die streng eingehalten werden müssen, ist ein Einsatz von mobilen Klimageräten wie beispielsweise Ventilatoren im Städtischen Klinikum Karlsruhe aus krankenhaushygienischer Sicht vertretbar. Der Einsatz ist jedoch in den jeweiligen Einzelfällen und medizinischen Bereichen zu prüfen und abzustimmen.

Da das Städtische Klinikum Karlsruhe als kommunales Haus der Maximalversorgung – wie bundesweit eine Vielzahl von Krankenhäusern – von struktureller Unterfinanzierung betroffen ist, sind zur Umsetzung baulicher Maßnahmen entsprechende Fördermittel bzw. Förderprogramme von Bund oder Land elementar.



© Städtisches Klinikum Karlsruhe, Markus Kümmerle

Bengt Elling
Stellvertretender Geschäfts-
bereichsleiter Infrastruktur
Klinikum Karlsruhe



Düsseldorfer Gesundheitstag im September mit mehr als 5.000 Besucherinnen und Besuchern
(© LHS Düsseldorf, Ingo Lammert)

Öffentliche Gesundheit gemeinsam stärken: Die Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Von Dr. Johannes Nießen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist ein zentraler Bestandteil der gesundheitlichen Daseinsvorsorge in Deutschland. Die COVID19-Pandemie hat diese „dritte Säule“ unseres Gesundheitswesens – neben der ambulanten und stationären Versorgung – schlagartig in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückt.

Der ÖGD ist föderal organisiert und umfasst Einrichtungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Vor Ort bilden die Gesundheitsämter sein Rückgrat. Ihre vielfältigen Aufgaben reichen vom Infektions- und Gesundheitsschutz über Schuleingangsuntersuchungen, Beratung und Gesundheitsberichterstattung bis zu Gesundheitsförderung und Prävention. Auf Landesebene wird der ÖGD durch die obersten Landesgesundheitsbehörden und weitere Landesstellen gestaltet. Auf Bundesebene arbeiten das Bundesministerium für Gesundheit

(BMG) und Fachbehörden wie das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut und das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit (BIÖG) zusammen. Trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten und Strukturen verbindet alle Ebenen ein gemeinsames Ziel: die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, zu erhalten und zu fördern.

Dabei vollzieht insbesondere der kommunale ÖGD derzeit einen Wandel zu einer bürgerorientierten „Public-Health-Agentur“ vor Ort. Dieser Paradigmenwechsel macht ihn zu einem unverzichtbaren Partner für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte.

Gesundheit als Querschnittsaufgabe

Gesundheit entsteht dort, wo Menschen leben, lernen und arbeiten. Sie wird maßgeblich durch Faktoren wie Stadtplanung, Verkehrsführung, Umweltbedingungen und

Bildungsangebote beeinflusst. Hier kann der ÖGD als zentraler „Motor“ des Health in All Policies-Ansatzes wirken. In der kommunalen Verwaltung berät er andere Ressorts, um gesundheitsförderliche Lebensbedingungen zu verankern.

Dafür stimmt er sich mit Akteuren aus Wissenschaft, Versorgung, Sozialversicherung und Zivilgesellschaft ab. Denn moderne kommunale Gesundheitspolitik kann nicht im Alleingang gelingen. Über kommunale Gesundheitskonferenzen übernimmt der ÖGD eine moderierende Rolle. Ziel ist eine integrierte Gesundheitsplanung auf Basis belastbarer Daten der Gesundheitsberichterstattung.

Pakt und Konsolidierung

Um diese Transformation und neue Herausforderungen zu bewältigen, haben Bund und Länder 2020 den Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Pakt ÖGD) geschlossen. Mit vier Milliarden Euro wurden bis 2026 Stellen aufgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben. Mit Blick auf das Ende der Laufzeit zeigt die Analyse: Die erreichte Stärkung muss nachhaltig verstetigt werden.

Im Transformations- und Konsolidierungsprozess steht der kommunale ÖGD nicht allein. Als Fachbehörde für Prävention und Gesundheitsförderung unterstützt das BIÖG den Wissenstransfer, vernetzt Partner und entwickelt praxisnahe Informations- und Kommunikationsangebote.

Im Rahmen des Paktes hat das BIÖG gemeinsam mit den 16 Ländern zudem die länderübergreifende Kommunikationsinitiative „Der ÖGD – Schützt. Hilft. Klärt auf.“ umgesetzt. Erstmals wurde damit ein gemeinsamer kommunikativer Rahmen geschaffen, der die vielfältigen Leistungen des ÖGD sichtbar macht. Die gemeinsame Dachmarke sorgt für Wiedererkennung, ohne die unterschiedlichen Strukturen und Schwerpunkte von Ländern und Kommunen aufzuheben. Der gemeinsame Internetauftritt oeffentlichergesundheitsdienst.de infor-

miert über Aufgaben und Berufsbilder des ÖGD und führt Bürgerinnen und Bürger über eine Postleitzahlensuche zum zuständigen Gesundheitsamt.

Ergänzend bietet das BIÖG mit den Town Halls ein regelmäßiges digitales Informations- und Austauschformat für Mitarbeitende der Gesundheitsämter sowie der Landes- und Bundesinstitutionen des ÖGD an. Wissenschaftliche Erkenntnisse, Beispiele aus der kommunalen Praxis und konkrete Unterstützungsangebote können so schnell und unmittelbar geteilt werden.

Den ÖGD zu fördern bedeutet zugleich, Prävention und Gesundheitsförderung zu stärken. Dazu hat das BMG im Juli 2026 eine Präventionsoffensive gestartet, die Prävention zu einer tragenden Säule des Gesundheitssystems weiterentwickeln soll. Das BIÖG unterstützt dies mit wissenschaftsbasierter Gesundheitskommunikation, bundesweiten Kampagnen und Programmen sowie Vernetzung, Qualitätssicherung und dem Transfer in die kommunale Praxis. Nachhaltige Prävention gelingt nur im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen.

➔ oeffentlichergesundheitsdienst.de



@BIÖG, M.Hermenau

Dr. Johannes Nießen
Mediziner und Kom. Leiter
Bundesinstitut für Öffentliche
Gesundheit

„Trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten und Strukturen verbindet alle Ebenen ein gemeinsames Ziel: die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, zu erhalten und zu fördern.“



© Stadt Freiburg, Patrick Seeger

Freiburg im Breisgau: Sport-Quartiere bringen Kinder in Bewegung

Seit 2021 vernetzt das Projekt „Sport-Quartiere“ Kitas, Grundschulen, Sportvereine und weitere Einrichtungen in den Freiburger Stadtteilen. Derzeit gibt es sieben Sport-Quartiere in der Stadt: Mehr als 200 Einrichtungen arbeiten dafür zusammen und etwa 2000 Kinder nehmen wöchentlich an verschiedenen Bewegungsangeboten teil. Am Projekt beteiligt sind das Sportreferat und das Amt für Schule und Bildung der Stadt Freiburg, der Fußballverein SC Freiburg, die beruf leben akademie, die step stiftung sowie der Basketball-Verein Eisvögel USC Freiburg. Gemeinsames Ziel ist es, nachhaltige Strukturen für Bewegung, Teilhabe und Gesundheitsförderung im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Das Projekt soll auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden – insbesondere dorthin, wo der Bedarf an Sprach- und Bewegungsförderung besonders hoch ist.

➔ www.staedtetag.de/26402

Erfurt: Auch im Alter aktiv – mit Bewegungsbegleitern

Bewegungsbegleiterinnen und -begleiter bieten in Erfurt regelmäßig kostenfreie Bewegungsangebote für Menschen ab 60 Jahre an. Interessierte Ehrenamtliche werden dafür vom Gesundheitsamt der Landeshauptstadt in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk des Landessportbundes Thüringen geschult. Seit 2024 wurden rund 40 Bewegungsbegleiterinnen und -begleiter ausgebildet. Die Schulung ist bewusst niedrigschwellig: Wer möchte, kann anschließend eine Gruppe anleiten – eine Verpflichtung gibt es aber nicht. Bislang haben Schulungsteilnehmende bereits zwölf Bewegungsgruppen an neun Standorten initiiert, darunter Bewegungstreffs, Line Dance-Kurse und Spaziergang-Gruppen. Die Angebote finden wohnortnah in verschiedenen Vierteln der Stadt statt. Mehr als 100 Seniorinnen und Senioren nehmen aktuell regelmäßig teil.

➔ www.staedtetag.de/26403

Mehr zum Thema

Weitere Meldungen zum Schwerpunkt gibt es in der Online-Version von Städtetag aktuell 4/2026

➔ www.staedtetag.de/26404



© Stadtverwaltung Erfurt



© bild-raum, Stephan Baumann

Münster: Feuerwehr-Outfit trotz Hitze

Hoher Schutz, weniger Belastung: Die Stadt Münster stattet ihre Feuerwehrleute mit einer leichteren, sandfarbenen Schutzkleidung für Einsätze im Freien aus. Das Material absorbiert durch die helle Farbe weniger Sonnenlicht und reduziert damit die Wärmebelastung. Mit der neuen Ausstattung reagiert die Stadt auf veränderte klimatische Bedingungen und zunehmende Einsatzbelastungen durch Hitze, besonders in den Sommermonaten. Die neue Kleidung bietet eine hohe Beweglichkeit und bleibt wasserdicht sowie durch zusätzliche Warnreflektoren gut sichtbar. Die neue Ausstattung ist insbesondere für technische Hilfeleistungen, etwa nach Verkehrsunfällen, sowie für Außenbrände vorgesehen. Rund 400 Kräfte der Berufsfeuerwehr und 800 Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr erhalten die neue Schutzkleidung.



© Stadt Erlangen

Erlangen: Gesunde Ernährung in Kitas

In den städtischen Kindertagesstätten Erlangens ist die Mittagsverpflegung mehr als eine tägliche Mahlzeit: Sie ist Teil von Gesundheitsförderung und pädagogischer Arbeit. Das Verpflegungskonzept der Stadt setzt für die Versorgung der rund 1.700 Kinder verbindliche Qualitätsmaßstäbe, die sich an den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Kinder sollen Hunger und Sättigung wahrnehmen, Lebensmittel kennenlernen und teilweise selbst bei Planung und Zubereitung mitwirken. Auch Nachhaltigkeit ist fest verankert: Das Catering enthält mindestens 25 Prozent Bio-Produkte, der Anteil soll weiter steigen. Rückmeldungen von Kindern, Eltern und Fachkräften fließen regelmäßig in die Weiterentwicklung ein. Die Stadt Erlangen betreibt insgesamt 30 Kindertageseinrichtungen, davon 14 Integrative Spiel- und Lernstuben für Kinder mit besonderem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf sowie 10 weitere Integrative Einrichtungen mit Krippe, Kindergarten und Hort sowie 6 Regeleinrichtungen.

Städte gegen Hitze

Der Hitzesommer ist vorbei – aber die kommunalen Maßnahmen für den Hitzeschutz bleiben und werden im nächsten Sommer wieder eingesetzt. Einen Überblick über die vielfältigen Maßnahmen und Projekte der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages gibt es online unter:

➔ www.staedtetag.de/hitzeschutz

Blau-Gelbes Kreuz unterstützt Kommunen bei Ukrainehilfe



Übergabe Zahnmobil an Blau Gelbes Kreuz
(© Rhein-Kreiss Neuss, Wolfgang Walter)

Seit 2014 setzt sich das Blau-Gelbe Kreuz Deutsch-Ukrainischer Verein e. V. für eine freie und demokratische Ukraine ein. Der in Köln ansässige Verein ist heute eine wichtige Schnittstelle zwischen Kommunen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und ukrainischen Partnern. Im Mittelpunkt steht dabei nicht nur die akute humanitäre Hilfe, sondern auch der langfristige Austausch zwischen Deutschland und der Ukraine.

Ein aktueller Meilenstein zeigt die Dimension dieses Engagements: Im August 2026 hat das Blau-Gelbe Kreuz das tausendste Rettungsfahrzeug – Rettungswagen, Feuerwehr- und Evakuierungsfahrzeuge – seit Beginn der Vollinvasion in die Ukraine auf den Weg gebracht. Die Fahrzeuge unterstützen die Arbeit lokaler Rettungskräfte und helfen dabei, das Leben von Menschen in besonders vom Krieg betroffenen Regionen zu retten.

Blau-Gelbes Kreuz unterstützt bei SKEW-Förderprogrammen

Über die Versorgung mit Fahrzeugen hinaus liefert das Blau-Gelbe Kreuz täglich dringend benötigte Hilfsgüter in alle ukrainischen Landesteile. Dazu zählt medizinische Ausrüstung, Krankenhausbetten, Stromgeneratoren und Babyboxen. Gleichzeitig unterstützt der Verein Geflüchtete in Deutschland und fördert Bildungs-, Begegnungs- und Kulturprojekte.

Gerade für Kommunen bietet die Zusammenarbeit mit dem Blau-Gelben Kreuz vielfältige Möglichkeiten. Ob bei der Vermittlung und Unterstützung ukrainischer Partnerkommunen, bei Sachspenden und Fahrzeugen, gemeinsamen Hilfsprojekten oder bei der Entwicklung langfristiger Kooperationen: Der Verein verfügt über ein enges Netzwerk zu verschiedenen Landesregierungen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen sowie in der Ukraine, und kann kommunales Engagement mit konkreten Bedarfen vor Ort verbinden. Für über dreißig Kommunen war das Blau-Gelbe Kreuz bereits tätig. Das gilt vor allem für Hilfslieferungen aus den SKEW-Programmen von Engagement Global.

Auf seiner jüngsten Reise in die Ukraine hat Bundesaußenminister Johann Wadephul einmal mehr die bedeutende Rolle der Kommunen zur Unterstützung der Resilienz in der Ukraine betont – vor allem für den bevorstehenden Winter. Das Blau-Gelbe Kreuz hat in den letzten viereinhalb Jahren rd. 20.000 Stromgeneratoren und 1.700 IBC-Container geliefert und verfügt über entsprechende Expertise für die gesamte Logistikkette.

Aus Hilfe wird Partnerschaft

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Nachhaltige Unterstützung entsteht dort, wo Menschen und Institutionen miteinander im Austausch bleiben. Kommunale Partnerschaften leisten dabei einen wichtigen Beitrag – nicht nur während des Krieges, sondern auch mit Blick auf den Wiederaufbau – insbesondere auf den Feldern der kommunalen Daseinsvorsorge. Dabei handelt es sich um keine Einbahnstraße: Beim Zivilschutz, bei der Resilienz im Betrieb kommunaler Infrastrukturen, auch bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit wird die Ukraine mehr und mehr zu einem gefragten Partner für Kommunen und kommunale Unternehmen in Deutschland.

➔ www.bgk-verein.de

Deutscher Schulträgerkongress

Bundesweites Forum für Schulträger

12. + 13. November 2026
Congress Center Düsseldorf



Mitveranstalter



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Mitgliedspreis
sichern mit dem
Aktionscode:
DSTK26DST

Das sind die Top-Themen 2026

Zukunft finanzieren	Resiliente Schulen	Digitalisierung im Betrieb	Schule im kommunalen Netzwerk
Schulbau, Investitionen und kommunale Bildungssteuerung	Sicherheit, Krise und Verantwortungsteilung	Von der Förderung zur dauerhaften Aufgabe	Integration, Jugendhilfe und Schutzräume

Das können Sie vom DSTK erwarten

- Hochkarätig besetzte **Diskussionsformate** und inspirierende **Workshops**
- Wertvolle Möglichkeiten zum **Austausch und Networking** mit relevanten Entscheidungsträgern
- Eine tolle **All-inclusive-Verpflegung** einschließlich Mittagessen und aller Getränke



Teilnahme am 12. + 13.11. | **359 €* zzgl. MwSt. statt ~~389 €~~**

Teilnahme am 12.11. | **259 €* zzgl. MwSt. statt ~~289 €~~**

Als Mitglied des Deutschen Städtetages geben Sie den Aktionscode **DSTK26DST** beim Kauf Ihres Kongresstickets an, um den Preisvorteil zu erhalten.

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schultraegerkongress.de

Eine Veranstaltung von

Gold-Partner



* Preise gültig bis 31.10.2026



Blick zurück auf die gemeinsame Spitze: Bei der Hauptversammlung 2015 wurde Dr. Eva Lohse zur Städtetagspräsidentin und Dr. Uli Maly zum Vizepräsidenten des Verbandes gewählt. (© DST, André Wirsig)

Dr. Eva Lohse erhält Bundesverdienstkreuz am Bande

Die ehemalige Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse ist für ihre langjährigen Verdienste und ihr außerordentliches ehrenamtliches Engagement mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Lohse leitete die Geschicke ihrer Heimatstadt Ludwigshafen am Rhein 16 Jahre lang bis Ende 2017. Auch im Deutschen Städtetag hat sie sich über viele Jahre engagiert: Als Städtetagspräsidentin von 2015 bis 2017 setzte sich Eva Lohse unter anderem für eine stärkere Unterstützung der Städte bei der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen ein. Lohse war zuvor zwei Jahre lang Vizepräsidentin, bereits seit 2005 war sie im Präsidium aktiv. Die Auszeichnung von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier überreichte ihr der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Gordon Schnieder.

Dr. Ulrich Maly ist Ehrenbürger der Stadt Nürnberg

Dem langjährigen Oberbürgermeister Dr. Ulrich „Uli“ Maly ist die Ehrenbürgerwürde der Stadt Nürnberg verliehen worden. Die Stadt würdigt mit der Auszeichnung Malys kommunalpolitisches Engagement für seine Heimatstadt. Bei einem Festakt vor rund 300 Gästen im historischen Ratssaal gratulierte Oberbürgermeister Marcus König seinem Vorgänger, die Laudatio hielt Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Während seiner 18-jährigen Amtszeit als Oberbürgermeister setzte Uli Maly insbesondere auf Dialog, soziale Verantwortung und Integration. Parallel dazu engagierte er sich über viele Jahre im Deutschen Städtetag: Von 2013 bis 2015 war er Städtetagspräsident, anschließend bis 2019 Vizepräsident. Insgesamt gehörte er 15 Jahre dem Präsidium an. Bei der Hauptversammlung 2021 in Erfurt wurde Maly zum Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages gewählt.

Deutscher Städtetag unterstützt Bauhaus-Manifest

Der Deutsche Städtetag gehört zu den Unterzeichnern des Bauhaus-Manifestes 2026. Dieses kultur- und gesellschafts-politische Bekenntnis wird von einem breiten Bündnis aus Kultur, Design, Architektur, Handwerk und Kirchen getragen. Städtetagspräsident Burkhard Jung bekräftigte mit seiner Unterschrift die Unterstützung der Städte für die Prinzipien des Bauhauses wie Freiheit des künstlerischen Denkens, Offenheit für neue Ideen, Verbindung unterschiedlicher Disziplinen und kultureller Innovation als Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft. Am 4. Dezember 2026 jährt sich die Wiedereröffnung des Bauhauses in Dessau zum 100. Mal. Die Bauhaus-Stätten in Weimar, Dessau und Bernau bei Berlin sind UNESCO-Welterbe.

➔ www.staedtetag.de/26405



© Stiftung Bauhaus Dessau, Thomas Meyer / Ostkreuz

ANZEIGE



*Wir digitalisieren
Ihren Friedhof!*



Die perfekte Kombination
aus webbasierter
Friedhofsverwaltung,
digitalem Friedhofsplan
und Online-Bürgerdiensten!



HADES
SOFTWARE GMBH

Jacksonring 15
48429 Rheine
T 0 59 71 / 98 71-0
info@hades-software.de
www.hades-x.de



© asisi

Konstanz: Panorama zum Konzil 1414–1418 eröffnet

In den Jahren 1414 bis 1418 war Konstanz Schauplatz eines europäischen Großereignisses: Das Konstanzer Konzil führte geistliche, aber auch politische Herrscher in die Stadt. Das neu eröffnete Panorama „Konstanz 1414–1418“ von Yadegar Asisi lässt diese Zeit wieder lebendig werden. Für das rund 3.500 Quadratmeter große 360°-Rundbild wurde ein 52 Meter hoher Holz-Hybridbau errichtet, der das Panorama, eine historisch einordnende Ausstellung, Gastronomie und eine Dachterrasse mit Blick über Stadt und Bodensee verbindet. Die Planungen für das Projekt wurden bereits 2019 vom Künstler selbst, der Stadt Konstanz und den Projektpartnern vorgestellt. Die Umsetzung des Panoramas wurde vollständig privat finanziert – es zählt zu den größten privaten Investitionen in Kunst und Kultur in Baden-Württemberg.

➔ www.staedtetag.de/26406



© hanova

Berlin: Waldsiedlung Zehlendorf ist UNESCO-Welterbe

Die Waldsiedlung Zehlendorf ist als Teil der „Siedlungen der Berliner Moderne“ in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen worden. Diese Entscheidung traf das UNESCO-Welterbekomitee bei seiner Sitzung Ende Juli. Damit umfasst die Welterbestätte nun sieben Siedlungen der Berliner Moderne. Die vor 100 Jahren begonnene und bis 1932 nach Plänen von Bruno Taut, Hugo Häring und Otto Rudolf Salvisberg errichtete Waldsiedlung gilt als herausragendes Beispiel des Neuen Bauens – charakteristisch sind die farbigen Fassaden und die großzügigen Grünflächen.

➔ www.staedtetag.de/26407



© Detaman, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons

Hannover: Neuer Freiraum auf dem Parkhausdach

In der Landeshauptstadt Hannover ist der erste City Roof-Walk eröffnet worden. Auf rund 2.400 Quadratmetern ist aus einer versiegelten Ebene auf dem Parkhaus Schmiedestraße ein begrünter Dachgarten mit Aufenthaltsbereichen, Spielmöglichkeiten und Aussichtspunkten entstanden. Ein integriertes Regenwassermanagement unterstützt die Klimaanpassung: Die begrünten Flächen tragen zur Abkühlung, zur Starkregenvorsorge und zu mehr Biodiversität in der dicht bebauten Innenstadt bei. Die neue „Park-Ebene“ bietet zudem spannende Ausblicke auf Hannovers historische Mitte. Der neu eröffnete Dachgarten ist das Pilotprojekt der City Roof-Walks, weitere geeignete Dachflächen sollen folgen.

➔ www.staedtetag.de/26408



Handreichung zum kolonialen Erbe im Stadtraum

Wie können Städte ihr koloniales Erbe zeitgemäß aufarbeiten? Eine neue Handreichung des Deutschen Städtetages gibt Kommunen hierfür praktische Werkzeuge an die Hand. Im Mittelpunkt steht das koloniale Erbe im Stadtraum – etwa in Form von Straßennamen, Denkmälern, Gebäuden oder Gedenktafeln. Die Handreichung knüpft an bestehende kommunale Ansätze an, zeigt Handlungsmöglichkeiten auf und betont die Bedeutung unterschiedlicher Perspektiven, historischer Forschung und zivilgesellschaftlichen Engagements. Ziel ist es, verschüttetes oder verdrängtes Wissen sichtbar zu machen und die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe als Teil einer zeitgemäßen, an Demokratie und Menschenrechten orientierten Erinnerungskultur zu stärken. Zugleich formuliert die Handreichung Forderungen an Bund und Länder.

➔ www.staedtetag.de/26409

31 Projekte für neues und nachhaltiges Wohnen

Die neue Publikation „Neues Wohnungswesen und nachhaltiger Wohnungsbau“ aus der Reihe „Materialien zur Planungskultur“ gibt aktuelle Einblicke in die kommunale Planungspraxis: Die vorgestellten 31 Projekte zeigen, wie Kommunen unter den geltenden Rahmenbedingungen Wohnraum schaffen und weiterentwickeln – mit unterschiedlichen konzeptionellen, prozessualen, bodenpolitischen und städtebaulichen Ansätzen. Die Dokumentation des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen entstand in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, darunter auch der Deutsche Städtetag.

➔ www.staedtetag.de/26410



Trendstudie zur Innenstadt-Zukunft

Die aktuelle Deutschlandstudie Innenstadt 2026/27 der CIMA Beratung + Management GmbH hat die Wahrnehmung und Nutzung deutscher Innenstädte untersucht. Für die repräsentative Studie wurden im Mai und Juni 2026 mehr als 5.000 Menschen befragt, um das Innenstadt-Zukunftsbild der Bevölkerung zu ermitteln. 83,3 Prozent wollen ihre Innenstadt künftig mindestens genauso häufig besuchen wie heute – der höchste Wert seit sechs Jahren. Der Einzelhandel bleibt mit 65,6 Prozent der wichtigste Besuchsgrund, zugleich gewinnen Gastronomie, Veranstaltungen, Dienstleistungen und Aufenthaltsqualität an Bedeutung. Die Studie steht online kostenlos zum Download bereit.

➔ www.cimamonitor.de

Wiederwahl



© Stadt Braunschweig, Daniela Nielsen

Braunschweig: Dr. Thorsten Kornblum bleibt Oberbürgermeister von Braunschweig. Der Sozialdemokrat steht seit 2021 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2025 im Präsidium und seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© scheffen.de

Celle: Dr. Jörg Nigge, Oberbürgermeister von Celle, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht seit 2017 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2019 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Emden

Emden: Oberbürgermeister Tim Kruithoff (parteilos), Stadt Emden, wurde wiedergewählt. Er leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt.



© Stadt Hameln

Hameln: Claudio Griese bleibt Oberbürgermeister von Hameln. Der Christdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze.



© Andrea Seifert

Hannover: In der Landeshauptstadt Hannover wurde **Belit Onay** (Bündnis 90 / Die Grünen) als Oberbürgermeisterin wiedergewählt. Onay hat das Amt seit 2019 inne und engagiert sich seit 2020 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zudem ist er einer der Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages.



© Stefanie Hiekmann

Osnabrück: Oberbürgermeisterin **Katharina Pötter** wurde in ihrem Amt bestätigt. Die Christdemokratin hat das Amt seit 2021 inne und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss und im Präsidium des Deutschen Städtetages.



© scheffen.de

Lüneburg: Oberbürgermeisterin **Claudia Kalisch** (Bündnis 90 / Die Grünen) wurde wiedergewählt. Sie steht seit 2021 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2023 im Präsidium und seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Außerdem ist sie seit 2025 Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages.



© Stadtverwaltung Pirmasens, Gregor Theis

Pirmasens: Der Oberbürgermeister von Pirmasens, **Markus Zwick**, wurde in seinem Amt wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Peter Sierigk

Salzgitter: Frank Klingebiel bleibt Oberbürgermeister von Salzgitter. Der Christdemokrat steht bereits seit 2006 an der Spitze der Stadt und engagiert sich seit 2013 im Präsidium und seit 2012 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zudem ist er Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages.



© Klaus Landry

Speyer: Speyers Oberbürgermeisterin **Stefanie Seiler** wurde wiedergewählt. Die Sozialdemokratin hat das Amt seit 2019 inne.



© Stadt Wolfsburg

Wolfsburg: Oberbürgermeister **Dennis Weilmann** wurde in seinem Amt bestätigt. Der Christdemokrat steht seit 2021 an der Spitze der Stadt Wolfsburg und engagiert sich seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Neu im Amt



© Kai Kutzki Fotografie

Delmenhorst: Alexander Mittag wird neuer Oberbürgermeister von Delmenhorst. Der Sozialdemokrat tritt sein Amt am 1. November an und folgt auf Petra Gerlach (CDU), die das Amt seit 2021 innehat.



© Bündnis90/Die Grünen Göttingen

Göttingen: Zur neuen Oberbürgermeisterin von Göttingen wurde **Onyeka Oshionwu** (Bündnis 90 / Die Grünen) gewählt. Sie tritt ihr Amt am 1. November an und folgt auf Petra Broistedt (SPD), die nicht mehr für eine zweite Amtszeit kandidierte.



© Philipp Schröder

Neustadt am Rübenberge: Neue Erste hauptamtliche Bürgermeisterin von Neustadt am Rübenberge wird **Rebecca Schamber**. Die Sozialdemokratin tritt ihr Amt am 1. November an und folgt auf Dominic Herbst (Bündnis 90 / Die Grünen), der das Amt als Oberbürgermeister seit 2019 innehat und sich nicht mehr zur Wahl stellte.



© Frederike van der Straeten

Oldenburg: Jascha Rohr (parteilos) wurde zum neuen Oberbürgermeister von Oldenburg gewählt. Er folgt am 1. November auf Jürgen Krogmann (SPD), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Krogmann leitet die Geschicke der Stadt seit 2014 und engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zudem ist er Präsident des Niedersächsischen Städtetages.



© Eric Janssen

Wilhelmshaven: Neue Oberbürgermeisterin von Wilhelmshaven wird **Dr. Eva Maria Haarmann** (parteilos). Sie tritt ihr Amt am 1. November an und folgt auf Carsten Feist (parteilos), der das Amt seit 2019 innehat und nicht mehr zur Wahl antrat.



© Kati Nowicki

Worms: Worms hat **Stephanie Lohr** zur ersten Oberbürgermeisterin der Stadt gewählt. Die Christdemokratin tritt das Amt am 1. Januar 2027 an und folgt auf Adolf Kessel (ebenfalls CDU), der nicht mehr zur Wahl angetreten war. Kessel leitet seit 2019 die Geschicke der Stadt Worms.



© Masa Yusa (Bloom Studios)

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu): Neue kaufmännische Geschäftsführerin des Difu ist seit 1. August **Katherine Kaplan, LL.M.** Somit bleibt es bei einer Doppelspitze der Geschäftsführung mit dem wissenschaftlichen Direktor Prof. Dr. Jochen Monstadt. Sie folgt auf Luise Adrian, die das Amt seit 2020 innehatte und noch bis zum Ende des Jahres als Prokuristin begleitet.



© Stadt Fulda

Hessischer Städtetag: Neuer Präsident des Hessischen Städtetages ist künftig der Fuldaer Oberbürgermeister **Dr. Heiko Wingefeld** (CDU), dies war er bereits von 2021 bis 2023. Er tritt die Nachfolge des Wiesbadener Oberbürgermeisters Gert-Uwe Mende (SPD) an, der zum Ersten Vizepräsidenten gewählt wurde. Dr. Wingefeld ist seit 2015 Oberbürgermeister von Fulda und engagiert sich seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Geburtstage



© Sebastian Weingart

Dirk Hilbert (FDP), Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, feiert am 23. Oktober seinen 55. Geburtstag. Er steht seit 2015 an der Spitze der Landeshauptstadt und engagiert sich seit 2018 im Präsidium und seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Chemnitz, Kristin Schmidt

Oberbürgermeister **Sven Schulze**, Stadt Chemnitz, wird am 16. Oktober 55 Jahre alt. Der Sozialdemokrat leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt Chemnitz und engagiert sich seit 2021 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Stadt Heidelberg

Der Oberbürgermeister von Heidelberg, **Prof. Dr. Eckart Würzner** (parteilos), begeht am 10. Oktober seinen 65. Ehrentag. Er hat das Amt bereits seit 2006 inne und engagiert sich seit 2006 auch im Präsidium und seit 2007 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zudem ist er erster Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städtetages.



© Lutz Ehardt

Knut Kreuch, Oberbürgermeister der Stadt Gotha, feiert am 7. Dezember seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2006 die Geschicke der Stadt Gotha.

WÄRMEPUMPE WEITERGEDACHT



ZUKUNFTSWEISENDE HEIZLÖSUNGEN IM WOHNUNGSBAU

Die Großwärmepumpen der MEHP-iS-G07-Serie von Mitsubishi Electric setzen neue Maßstäbe für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Ideal für große Wohnprojekte, bieten sie leisen Betrieb und hohe Leistungsfähigkeit. Ein Beispiel ist das Projekt in Künzelsau, wo 80 Wohnungen nach KfW-40-EE-Standard versorgt werden.



Jetzt QR-Code scannen und
Referenzprojekt anschauen
mitsubishi-les.com

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

116 016

anonym • kostenfrei • mehrsprachig
Online-Beratung: www.hilfetelefon.de



Bundesamt
für Familie und
zivilgesellschaftliche Aufgaben



Hilfetelefon **116 016**
Gewalt gegen Frauen

www.hilfetelefon.de



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030 37711-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221 3771-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Christian Schuchardt
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Timm Steinborn (V.i.s.d.P.)
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Sommer
Redaktion: Tobias Fricke
Mitarbeit: Janina Hausner

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224 1874-510
Fax: 02224 1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de

www.staedtetag-aktuell.de